

Verkehr, Wohnungsbau, Flüchtlinge, Fluglärm, Kriminalität, Rechtsextreme



Als vor 60 Jahren das „Heimatblatt“ erstmals erschien, schrieb unter dem Titel „Als Auftakt“ Max Behrendt, der damalige Vorsitzende des Bürger- und Heimatvereins, programmatische Sätze. Einige wollen wir zitieren - sie gelten noch heute:

„Die gemächlichen Zeiten des „Dorfes“ Langenhorn sind vorbei. (...) Das langgezogene Gebiet hat viele Gesichter, aber noch kein Antlitz. Es wird nicht leicht sein, die Notwendigkeit der baulichen Erfordernisse mit dem Wunsch in Einklang zu bringen, Langenhorn möge „ein grüner Stadtteil“ bleiben. Das rasche Wachsen wirft Verkehrsfragen, Schulsorgen, Probleme des Straßenbaus und der Beleuchtung auf. Der Flughafen als unser nächster Nachbar zwingt uns zur Stellungnahme.“

„Am Ende des alten und zum Beginn des neuen Jahres rufen wir unsere Langenhorner Mitbürger auf, gemeinsam mit uns die Zukunft unseres Stadtteils zu gestalten, damit er uns allen zur rechten Heimat werde“ .

Verkehr

Vor 60 Jahren waren viele Straßen noch nicht befestigt oder gar ausgebaut. Und Straßenbeleuchtung war noch ein großes Thema. Das ist weitgehend „Geschichte“. Doch einige Punkte aus der damaligen Diskussion lesen sich als wären sie aus der letzten Sitzung des Regionalausschusses. Aus einem Versammlungsbericht von 1957:

„Ein anderes Problem ist der Kraftwagenverkehr auf der Langenhorner Chaussee. Mit einer Geschwindigkeitsbegrenzung ist das Problem nicht zu lösen. Man hat die Fahrbahn geteilt, Sprunginseln und Lichtsignale aufgestellt. Die Kreuzung Erdkampsweg - Langenhorner Chaussee wird grundlegend umgestaltet“.

Der Glaubenskrieg um die richtige Geschwindigkeit bleibt lebendig! Zehn Jahre später lesen wir:

Der 1. Vorsitzende führte aus: Die Verkehrsverhältnisse auf der Langenhorner Chaussee hätten das Maß der Erträglichkeit längst überschritten. Die nunmehr zugelassene 60-Std.-km-Geschwindigkeit habe ohne Frage den Verkehrsfluß beschleunigt, verleite jedoch auch immer wieder Kraftfahrer, nun noch schneller zu fahren. (Sept. 1967)

Und natürlich ging und geht es um das Parken! Im November 1957 entstand dieser Text, aus dem wir Auszüge zitieren:

„So sind in Hamburg schöne und teure neue Straßen entstanden, sei es die neue Ost-West-Straße oder die Erweiterungen (...) der Ausfallstraßen. Wir hier in Langenhorn haben allerdings hiervon noch wenig bemerkt. Unsere Langenhorner Chaussee liegt noch in ihrem ursprünglichen Zustande. Aber wenigstens ist die Tangstedter Landstraße doch schon verbreitert worden (...) [In Richtung zum Bahnhof Mitte] wird die Hälfte der Straßenbreite blockiert durch parkende Wagen am rechten und linken Kantstein. Die parkenden Wagen müssen verschwinden! Wohin? Die Antwort haben die Autofahrer selbst gefunden: Sie fahren

ihre haltenden Wagen auf den Bürgersteig. Es wäre also richtig, ein Halteverbot für die Fahrbahnen zu erlassen und den Kraftwagen das Parken am Rande des Fußweges zu ermöglichen.

Darüber würde man auch heute noch streiten können.

Was können wir festhalten? Das Thema „Verkehr“ bleibt lebendig; lediglich die Stichworte „Radfahrer“ und „Baumerhalt“ sind neuerdings dazugekommen: Lesen Sie, was der „Grünschnabel“ und was Thomas Kegat dazu [in der 60-Jahres-Ausgabe der Langenhorner Rundschau](#) schreiben!

Wohnungsbau, Flüchtlinge

Vor sechzig Jahren wie heute sind der Wohnungsbau und die Lage auf dem Wohnungsmarkt für Mieter zentrale Langenhorner Themen. Und wie heute war schon 1957 dieses Thema mit dem Thema „Flüchtlinge“ eng verbunden. Denn 1957 und in den Folgejahren waren Wohnungen knapp. Und wie heute galt es, eine sehr, sehr große Zahl an Flüchtlingen unterzubringen - viel mehr als heute! Nur wurden damals keine Container aufgestellt oder Schulen umgenutzt - Container waren noch nicht erfunden, Schulraum war knapp. Vielmehr wurden die Flüchtlinge vom Amt in Nissenhütten und Bunkern untergebracht, weitere wurden in die vorhandenen Wohnungen der Einheimischen eingewiesen: Wo ein freies Zimmer war, hatte man dann plötzlich einen Untermieter. Oder mehrere.

So stand auf einer Versammlung des Bürger- und Heimatvereins im Dezember 1957 ein Langenhorner auf und richtete eine Frage an den anwesenden Bezirksamtsleiter:

„Wir haben heute viele Bilder von neu gebauten Wohnungen in Langenhorn gesehen. Alle diese Wohnungen werden an Flüchtlinge, Nissenhüttenbewohner und Bunkerbewohner vergeben. Wann baut man auch einmal Wohnungen für die Söhne und Töchter der Langenhorner? Sie sitzen, obgleich sie seit Jahren verheiratet sind und Kinder haben, noch immer in einem Zimmer bei ihren Eltern. Haben die Langenhorner kein Recht auf eine Wohnung?“

Die Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt - gerade wenn es um bezahlbaren Wohnraum geht - ist also keine Neuigkeit der Jahre 2015 und 2016. Die Antwort muss heute so aussehen wie vor sechzig Jahren: Es müssen viele neue Wohnungen mit massiver öffentlicher Förderung gebaut werden, die sowohl den jungen hier ansässigen Familien als auch den Flüchtlingen ein Zuhause bieten können. Damals ist das weitgehend gelungen. Heute hält sich die Stadt zurück. Sie forciert zwar anerkennenswert den Wohnungsbau, doch trotz Neubau sinkt die Zahl der Sozialwohnungen. Sie muss aber steigen, und zwar schnell. Das klappt nur mit öffentlichem Druck! In dem oben zitierten Bericht heißt es dann auch:

„Wir müssen die Augen offen halten und regen Anteil nehmen an der ferneren Entwicklung Langenhorns, damit es ein grüner Stadtteil bleibe und eine gesunde Wohngegend für uns und unsere Nachkommen.“ (März 1958)

Fluglärm

Es liegt auf der Hand, dass es sich hier um einen „Dauerbrenner“ handelt: Der Lärm, den ein Flughafen in unmittelbarer Nachbarschaft verursacht, ist im Wortsinn „un-überhörbar“.

Gleichwohl kommt man nach der Lektüre von sechs Jahrzehnten „Langenhorner Rundschau“ zu dem Eindruck, dass sich die Bevölkerung mit ihrem Nachbarn auf einen guten ‚modus vivendi‘ arrangiert hat.

Am 1. Januar 1967 wurde ein Leserbrief veröffentlicht - wir zitieren auszugsweise:

„Vor einiger Zeit enthielt das Heimatblatt einen Artikel: Immer wieder das gleiche Lied: Lärmbüttel! Inzwischen las ich in einer Zeitung, daß man nun daran gehen will, mit Geräten die Höhe der Flugzeuge zu testen, die unglaublich tief die Häuser überfliegen und einen nervenzerreißenden Lärm verursachen. Sie fliegen so tief, daß durch den Luftdruck Dachziegel von der kath. Kirche am Tannenweg geflogen seien. Ich möchte dies leider bestätigen, das Haus am Gehlengraben, in dem ich direkt im obersten Stockwerk unter dem Dach wohne, liegt direkt unter der Schneise, oft donnern sie mit wahnsinnigem Getöse grad über das Dach daß man glaubt, sie nehmen gleich das ganze Dach mit. (...) Hoffentlich wird nun bald was dagegen unternommen!“

Solche und vergleichbare Beiträge befeuerten dann jahrelang die Diskussion um die Verlegung des Flughafens nach Kaltenkirchen. Daraus wurde am Ende nichts. Zu beobachten war und ist indes eine Entwicklung zu leiseren, aber größeren Maschinen, die eine steigende Zahl von Fluggästen befördern.

Das, obwohl die Furcht vor den „Düsenflugzeugen“ groß war: „Soll Fuhlsbüttel Düsenflughafen werden oder nicht?“ fragte das Heimatblatt 1957 und befeuerte die Diskussion.

Langfristig ist die Zahl der Beschwerden aus Langenhorn gesunken. Doch gelöst ist das Fluglärmproblem nicht und kann es wohl auch nicht werden. Vom 24. Januar 1977 zitieren wir einen Stoßseufzer des Lärmbeauftragten: *„Was den Lärmschutz in Zukunft betrifft - goldene Zeiten brechen nicht an“.*

Recht hat der Mann.

Kriminalität

Genau genommen geht es um Jugendkriminalität. Die steht heute wie damals gerne im aufgeregten Scheinwerferlicht. Kein Wunder: Wir wissen seit Sokrates († 399 vChr), dass die Jugend immer schlechter wird - das stimmt doch, oder?!

Über kriminelle Jugendliche wurde und wird zu allen Zeiten geklagt. Die wohl schönste poetische Ausdrucksform dieser Klage hat vor 400 Jahren Shakespeare gefunden: „Ich wollte, es gäbe gar kein Alter zwischen zehn und dreiundzwanzig, oder die jungen Leute verschliefen die ganze Zeit: Denn dazwischen ist nichts, als den Dirnen Kinder schaffen, die Alten ärgern, stehlen, balgen.“ Weniger poetisch, aber weitaus wirkmächtiger sind die Schlagzeilen heutiger Medien, etwa im „Spiegel“: „Junge Männer: Die gefährlichste Spezies der Welt.“

In Heft 1 von 1967 schreibt Willy Ruhnke im Heimatblatt zu diesem Thema u.a.:

„Will man die tatsächliche Entwicklung der Jugendkriminalität feststellen, so muss man von den erkannten Kriminalstrafen ausgehen (...). Die Kriminalstrafen bei Jugendlichen sind danach im Vergleich zum Jahr 1954 um beinahe die Hälfte zurückgegangen. (...) Der Anteil dieser „Bestraften“ an der Gesamtzahl der Jugendlichen und Heranwachsenden in Hamburg betrug 1954 noch 0,55 Prozent und ging bis 1965 auf 0,29 Prozent zurück.“ □

Das ist nun 60 Jahre her. Inzwischen haben sich viele Gesetze geändert, die Statistiken sind

nicht mehr vergleichbar. Der Kriminologe und Rechtswissenschaftler Wolfgang Heinz kommt in einer Studie zur Jugendkriminalität in Deutschland zu dem Ergebnis, sie sei insgesamt nicht brutaler geworden und auch die Zahlen der Delikte seien rückläufig. Auch die Einwanderung vieler jugendlicher Flüchtlinge hat an dieser Entwicklung nichts geändert. Wie immer: Ausnahmen gibt es, doch sie bestätigen die Regel. Und die Langenhorner Rundschau nennt auch in den aktuellen Ausgaben die Zahlen und Fakten, damit die „gefühlte Kriminalität“ sich nicht zu weit von der tatsächlichen entfernt.

Rechtsextreme

Es gibt viele gute Gründe dafür, dass rechtsextreme Parteien und Gruppierungen in Langenhorn keinen Fuß auf den Boden kriegen. Im Stadtteil ist man seit seinem bewussten Entstehen in den 30er Jahren hellwach, wenn sich Anzeichen für rechtsextremes Treiben zeigen. Im Juli-Heft von 1967 schreibt Dr. Walter Tormin für das Heimatblatt einen Artikel „Zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“. Damals war er noch in Form der NPD gut sichtbar und erkennbar. Heute hat sich das Gedankengut bei einer anderen Partei eingenistet. Tormin schreibt im Juli 1967:

„Die Partei argumentiert vorwiegend mit Schlagworten und versucht, eine weit verbreitete, wenn auch oft nicht bewußt empfundene Abneigung gegen die Nüchternheit des politischen Denkens für sich auszunutzen. Infolgedessen stellt sie statt politischer Probleme gefühlsbetonte Einzelfragen wie „die Kriminalität“ oder „die Flüchtlinge“ in den Mittelpunkt ihrer Propaganda“.

Als im Jahr 2013 herauskam, dass es in Langenhorn einen regelmäßigen Treffpunkt der Rechten Szene gab, war es der Langenhorner Bürger- und Heimatverein, der zu einer Kundgebung aufrief. Die Langenhorner Zivilgesellschaft solidarisierte sich. Erfolgreich. Nur so geht es.

Es gilt heute wie morgen, was vor 60 Jahren galt:

„Am Ende des alten und zum Beginn des neuen Jahres rufen wir unsere Langenhorner Mitbürger auf, gemeinsam mit uns die Zukunft unseres Stadtteils zu gestalten, damit er uns allen zur rechten Heimat werde“ .

R. Ebert Dezember 2016